

„Herr Wissing und ich duzen uns“

AMPELKOALITION Ministerpräsidentin: Rheinland-pfälzisches Bündnis könnte zum Modell für den Bund werden

MAINZ. Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) hat es geschafft – sie hat nicht nur die Landtagswahl gewonnen, sondern auch das erste Ampelbündnis in einem westdeutschen Flächenland geschmiedet.

Frau Ministerpräsidentin, wie fühlt sich Ampel an?

(lacht) Total spannend – und ich bin froh, dass sie jetzt leuchtet.

Sie haben mal gesagt, Sie kennen Herrn Wissing gar nicht so gut. Kennen Sie ihn jetzt besser?

(lacht) Ich kenne Herrn Wissing jetzt besser. Dass er ein kompetenter und pragmatischer Politiker ist, war mir natürlich klar.

INTERVIEW

Aber ich habe ihn jetzt auch als sehr humorvollen Menschen kennengelernt. Mittlerweile duzen wir uns.

Wo genau findet sich die sozialdemokratische Handschrift im Vertrag wieder?

Das beginnt bei der Bildung und geht bis zur Hochschule, um zwei Beispiele zu nennen. Es ist uns wichtig, dass die Kinder eine gute Ausbildung und gleiche Bildungschancen haben. Die Gebührenfreiheit ist ein ursozialdemokratischer Gedanke.

Nun bildet die SPD (wieder) ein fünftes Ministerium. Wozu braucht man das, auch unter dem Gesichtspunkt der Schuldenbremse?

Wir hatten fünf Ressorts und ich finde es in Ordnung, dass dies so bleibt. Ich halte die Entscheidung, ein eigenständiges Wissenschaftsministerium zu bilden, für richtig. Wissenschaft als Zukunftsbereich liegt mir sehr am Herzen. Ich bin überzeugt, dass wir gerade in der Konstellation mit FDP und Grünen an den Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft viel bewegen können.

Was kostet eigentlich ein solches Ministerium?

Es wird einen neuen Minister oder eine neue Ministerin geben. Die bereits jetzt bestehenden Fachabteilungen Wissenschaft und Kultur werden dem künftigen Wissenschaftsministerium lediglich neu zugeordnet.



Malu Dreyer ist mit dem Vertragswerk hochzufrieden.

Foto: Sascha Kopp

Wie stark war in den Verhandlungen das Diktat der Schuldenbremse?

Das Thema Schuldenbremse war in den Verhandlungen immer präsent. Wir müssen bis 2020 insgesamt 420 Millionen Euro konsolidieren und die Mehrausgaben gegensparen.

Sie wollen 600 Stellen in Landesverwaltung und Mittelbehörden einsparen. Der Personalrat der Behörde SGD sagt: Es ist überhaupt keine Luft mehr zum Einsparen da.

Ja, das ist nicht einfach, das wissen wir. Wir werden das gemeinsam mit den Personalräten und Gewerkschaften besprechen und umsetzen. Die verabredeten Einsparungen im Personalbereich, 2000 Stellen bis 2020, müssen wir erbringen. Die 600 Stellen sind da eingerechnet.

Innerhalb der SPD wird kritisiert, dass Sie konventionelle und ökologische Landwirtschaft auseinanderreißen ...

Ich finde, dass die Koalitionspartner sehr konstruktiv mit dieser Frage umgegangen sind, das birgt auch neue Chancen. Der ökologische Weinbau ist ein Herzensanliegen der Grünen, der Landwirtschafts- und Weinbaubereich ist der FDP sehr wichtig.

Die Mittelrheinbrücke dürfte viel Geld kosten, obwohl sie vergleichsweise die niedrigsten Verkehrszahlen hätte. Warum nicht dort Brücken bauen, wo der Verkehr ist?

Ich bin sehr froh, dass die Mit-

telrheinbrücke wieder im Koalitionsvertrag steht. Die gesamten Planungen zuvor haben deutlich gemacht, dass ein Bedarf für eine solche Brücke existiert, weil es im Mittelrheintal weit und breit keine Rheinquerung mehr gibt. Zu Bingen: Man muss wissen, dass es viele denkbare Stellen gibt, wenn man sich die Verkehrsflüsse anschaut. Aber es ist aufgrund von Naturschutz und Vogelschutz oft nicht leicht, das umzusetzen. Deshalb haben wir bewusst formuliert, dass eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben wird, wenn die kommunalen Partner vor Ort das wollen.

Könnte eine Ampel zum Modell für den Bund werden?

Die Mehrheitsbildungen gestalten sich in der heutigen Zeit anders als noch vor zehn Jahren. Wir werden uns daran gewöhnen müssen, dass man aufeinander zugeht und in immer wieder anderen Konstellationen regiert. Mit der möglichen neuen Koali-

tion möchten wir gute Arbeit für unser Land leisten und damit auch über die Landesgrenzen hinaus strahlen.

Könnten Sie sich vorstellen, auch mal ein Amt in Berlin zu übernehmen?

Das ist für mich im Moment überhaupt keine Frage. Ich habe hier mit meiner SPD die Wahl gewonnen. Das stärkt mich sehr. Rheinland-Pfalz ist das, wo ich tätig sein will.

Sie haben nun gezeigt, dass Sie Wahlkampf können. Können Sie sich vorstellen, noch einmal Wahlkampf zu machen?

Ich habe immer gesagt: Wenn ich die Wahl gewinne, werde ich fünf Jahre Ministerpräsidentin bleiben. Und wenn mich meine Partei dann erneut nominiert, mache ich auch gerne wieder Wahlkampf.

Das Interview führte Markus Lachmann.

REAKTIONEN AUF DIE „AMPEL“

► **Bauern und Winzer:** Der Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd, Eberhard Hartelt, kritisierte, dass konventionelle Landwirtschaft und Weinbau in ein FDP-geführtes Wirtschaftsministerium wechseln sollen und der Ökolandbau im Umweltministerium der Grünen bleiben soll. Das berge die Gefahr, „dass die Landwirtschaft gespalten wird und sich ideologische Grabenkämpfe verschärfen“. Landwirtschaftsministerin Ulrike Höfken (Grüne) wies die Kritik zurück: „Wir sind uns mit den Koalitionspartnern einig darin, dass mit dieser bislang einmaligen Konstellation kein Aspekt nachrangig behandelt wird.“

► **Unternehmer:** Angetan zeigte sich die Landesvereinigung Unternehmerverbände (LVU). „Besonders positiv ist, dass die Wirtschaftspolitik die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der Investitionen in den Blick nimmt“, sagt Hauptgeschäftsführer Werner Simon. Gut seien auch die Beschlüsse zu wichtigen Verkehrsprojekten und die geplante Anhebung des Verkehrshaushalts auf rund 120 Millionen Euro pro Jahr. In den Kapiteln zur Arbeits- und Sozialpolitik enthalte der Koalitionsvertrag allerdings „viel Parteiliryk“.

► **Gewerkschaftsbund:** Der DGB lobte das Bekenntnis zur gebührenfreien Bildung von Anfang an. Der falsche Weg sei jedoch der geplante Abbau von 2000 Stellen in der Landesverwaltung, während zugleich ein zusätzliches Ministerium entstehen solle. Weiter mahnte DGB-Landeschef Dietmar Muscheid: „Der Koalitionsvertrag stellt in Aussicht, dass die Tarifergebnisse im öffentlichen Dienst künftig auf Beamtinnen und Beamte übertragen werden – wir erwarten, dass das auch eingehalten wird.“

► **Lehrgewerkschaft:** Die Lehrgewerkschaft VBE pochte auf „schulpolitische Bodenhaftung und mehr soziale Gerechtigkeit“. Landeschef Gerhard Bold unterstrich die Bedeutung einer vollständigen Unterrichtsversorgung. „Die in Aussicht gestellten (zusätzlichen) 270 Lehrerstellen und eine unbefristete Ausweitung des Vertretungspools sind aus unserer Sicht hier nur ein Tropfen auf den heißen Stein.“



QR-Code scannen und Videobeitrag zum Thema anschauen!